

Werner, Klaus

Article — Digitized Version

Der Außenhandel der neuen deutschen Bundesländer mit Osteuropa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Werner, Klaus (1992) : Der Außenhandel der neuen deutschen Bundesländer mit Osteuropa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 4, pp. 206-214

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136873>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klaus Werner

Der Außenhandel der neuen deutschen Bundesländer mit Osteuropa

Die mit der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands verbundene Hoffnung, die neuen Bundesländer könnten zu einer Drehscheibe für den Osthandel werden, blieb bislang unerfüllt. Welche Faktoren führten zum Zusammenbruch der traditionellen Handelsbeziehungen zu Mittel- und Osteuropa? Welche Bedingungen bestimmen die weiteren Aussichten des Osthandels?

Während der vergangenen zwei Jahre sind im Osthandel der neuen deutschen Bundesländer grundsätzliche quantitative und qualitative Veränderungen vor sich gegangen. Sie sind in erster Linie das Resultat des unvermittelten und konsequenten Übergangs der

ostdeutschen Wirtschaft von einer zentralistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft, ihrer Herauslösung aus dem osteuropäischen Wirtschaftsverbund und ihrer Integration in den gesamtdeutschen und damit westeuropäischen Wirtschaftsraum sowie des zunächst in seinem Umfang unterschätzten Strukturwandlungs- und Transformationsschocks in Ostdeutschland, also von Prozessen, die mit der deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion eingeleitet wurden. Ursprüngliche Erwar-

Dr. Klaus Werner, 56, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Wirtschaftsforschung, Halle.

tungen, daß sich auch der deutschen Wiedervereinigung die ostdeutschen Bundesländer als Drehscheibe für den deutschen Osthandel insgesamt behaupten oder entwickeln könnten, haben sich als nicht realistisch erwiesen.

Parallel zum wirtschaftlichen Umbau in Ostdeutschland vollzogen sich bedeutende politische und wirtschaftliche Wandlungen in allen mittel- und osteuropäischen Staaten, durch die dem Außenhandel zwischen den ehemaligen RGW-Ländern die Grundlagen weitgehend entzogen wurden. Dies führte zur Auflösung des RGW und zur Beseitigung seines Preis-, Finanz- und Verrechnungssystems und hatte damit auch Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen zu Ostdeutschland. Die veränderte binnen- und außenwirtschaftliche Gesamtsituation erfordert eine Neubestimmung des Gewichts, das der Osthandel für die Überlebensfähigkeit vieler ostdeutscher Unternehmen und den erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern haben kann¹.

Zusammenbruch des Osthandels

Nachdem die Export- und Importbeziehungen ostdeutscher Unternehmen mit den europäischen RGW-Ländern von 1985 bis 1989 auf einem recht hohen Niveau stagnierten, schrumpften sie bis Mitte 1991 auf etwas mehr als 30% ihres Niveaus von 1989. Besonders davon betroffen waren die Importe, die auf ein Viertel zurückgingen, während bei den Exporten noch circa 37% der Vergleichswerte des Jahres 1989 erreicht wurden (vgl. Tabelle 1).

Dieser implosionsartige Zusammenbruch des Osthandels ist sowohl Folge als auch Ursache des umfassenden wirtschaftlichen Anpassungsschocks in den neuen Bundesländern und kann nur in diesem Zusammenhang richtig bewertet werden. Der beispiellose Charakter dieser Entwicklung zeigt sich darin, daß sich innerhalb von zwei Jahren das Bruttoinlandsprodukt auf etwa 60% und die Leistungen des Verarbeitenden Gewerbes sogar auf etwa 42% verringerten (vgl. Tabelle 2). Im einzelnen vollzog sich dies differenziert. Neben der vollständigen Liquidation ganzer Produktionen gibt es auch Branchen, die weniger von Produktionsrückgängen betroffen sind, wobei die Abhängigkeit von den Osteuropaexporten statistisch

¹ Bis zum Jahre 1989 war der Außenhandel mit den europäischen Mitgliedsländern des RGW für die frühere DDR ein bedeutsames Element ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung. Der Anteil dieser Ländergruppe am Gesamtexport der ehemaligen DDR betrug laut statistischen Angaben 70,3% (UdSSR: 40,3%), am Gesamtimport 65,1% (UdSSR: 37,4%). Zu berücksichtigen ist, daß wegen der Überbewertung des transferablen Rubels gegenüber westlichen Währungen diese Anteile von der Statistik zu hoch angegeben sind. Realistischer erscheint ein Anteil des Osthandels am Außenhandel der früheren DDR von etwa 50%.

nachweisbar ist. Insgesamt ist mit dem Produktionstiefpunkt wohl erst um die Jahresmitte 1992 zu rechnen.

Der rapide Rückgang des Osthandels vollzog sich zeitversetzt bei den Exporten und bei den Importen, und zwar jeweils nach grundsätzlichen Veränderungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. Die wichtigste Zäsur für die Importbeziehungen war das Inkrafttreten der Währungsunion zur Jahresmitte 1990, die für die ostdeutschen Unternehmen eine gänzlich neue betriebswirtschaftliche Lage zur Folge hatte.

Die Einfuhren aus den mittel- und osteuropäischen Staaten betragen im zweiten Halbjahr 1990 nur noch 3,76 Mrd. DM, was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum etwas

Tabelle 1
Entwicklung des Außenhandels der DDR/
neuen Bundesländer mit den mittel- und
osteuropäischen Staaten¹

	1985-1988 ^a		1989		1990		1991	
	Mrd. DM	Mrd. DM	in % des Vorjahres	Mrd. DM	in % des Vorjahres	Mrd. DM	in % des Vorjahres	
Ausfuhr	28,80	28,89	99,1	29,72	102,9	11,93	40,1	
Einfuhr	28,15	26,79	96,6	14,81	55,3	6,53	44,1	

¹ Einbezogen sind die UdSSR, Polen, Ungarn, die CSFR, Rumänien und Bulgarien; dies gilt auch für die folgenden Tabellen.

^a Durchschnittswerte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAW-Berechnungen.

Tabelle 2
Wichtige Indikatoren der ostdeutschen
Wirtschaftsentwicklung

	1989		1990		1. Hj. 1991	
	Mrd. DM	Mrd. DM	in % des Vorjahres	Mrd. DM	in % des Vorjahres	
Bruttoinlandsprodukt	284,4	230,0	80,9	85,7	64,4	
Bruttowertschöpfung						
- Land- und Forstwirtschaft	9,3	8,0	85,1	2,7	69,2	
- Produzierendes Gewerbe	130,1	97,6	75,0	27,1	44,6	
- Handel und Verkehr	46,2	39,9	86,4	16,7	74,2	
- Dienstleistungen und Staat	98,8	85,4	86,5	39,4	86,4	
Anlageinvestitionen	62,0	50,8	81,9	26,0	96,3	
Außenhandel gesamt	82,2	61,6	74,3	14,3	40,2	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

mehr als ein Viertel ausmachte. Die Importe aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn kamen fast zum Erliegen, aber auch die Importe aus der Sowjetunion erreichten im zweiten Halbjahr 1990 nur noch 33,1% des Vorjahresniveaus.

Im einzelnen waren dafür mehrere miteinander verknüpfte Faktoren ausschlaggebend. Die wichtigste Ursache bestand zweifellos darin, daß ostdeutsche Unternehmen die nunmehr vorhandenen Zugriffsmöglichkeiten auf bessere westliche Produkte (vorzugsweise aus den alten Bundesländern und anderen EG-Staaten) nutzten und massenhaft bereits mit osteuropäischen Lieferanten bestehende Lieferverträge stornierten. Hinzu kam, daß der für abgeschlossene Verträge festgelegte Umrechnungskurs zwischen dem transferablen Rubel und der DM (1 : 2,34) zu einer relativen Verteuerung der Importe führte, wodurch die ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation ostdeutscher Unternehmen sich weiter verschlechterte. Der Importbedarf ging stark zurück, weil die ostdeutsche Industrie als Hauptabnehmer von Vorprodukten und Investitionsgütern aus Osteuropa ihre Leistung gegenüber dem Vorjahr um 23% verminderte und die Anlageinvestitionen um 19,4% zurückgingen. Zudem erwies sich die Konkurrenzfähigkeit der osteuropäischen Güter und Leistungen als nicht ausreichend.

Schließlich waren Sanierungsfähigkeit und Privatisierungsmöglichkeiten der meisten ostdeutschen Unternehmen zu diesem Zeitpunkt ungewiß. Die schnelle Entflechtung der Kombinate schuf eine neue Wirtschaftsorganisation mit unsicheren Zukunftsaussichten. Eine Reihe osteuropäischer Partner orientierte ihre Wirtschaftsbeziehungen auf leistungsfähige westdeutsche Unternehmen.

Im Gegensatz dazu gelang es den ostdeutschen Unternehmen, im zweiten Halbjahr 1990 ihre Exporte nach Osteuropa auf fast 16 Mrd. DM oder im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,9% zu steigern. Das ist jedoch das Ergebnis einer nicht wiederholbaren Übergangssituation und insofern für zukünftige Entwicklungen absolut untypisch. Auch für diesen kurzzeitigen Aufschwung können mehrere, eng miteinander verbundene Ursachenkomplexe benannt werden.

Ausschlaggebend war, daß die Lieferverträge für den genannten Zeitraum nahezu ausschließlich auf der Grundlage transferabler Rubel realisiert wurden, wobei der Kurs des überbewerteten transferablen Rubels einen starken Exportanreiz schuf. Andererseits förderten die krisenhafte Versorgungslage in vielen ost- und mitteleuropäischen Staaten und die fehlenden Festlegungen der Modalitäten eines späteren Saldenausgleichs das Interesse der Osteuropäer an zusätzlichen Importen, zumal

freie Kapazitäten der ostdeutschen Wirtschaft hier ein schnelles Reagieren ermöglichten. In dieser Zeit entstanden hohe Aktivsalden der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber ihren osteuropäischen Partnern, die praktisch heute noch zinslosen Krediten gleichkommen. Eine erhebliche Rolle spielte schließlich, daß zeitweilig von der Bundesregierung umfangreiche Subventionen gewährt wurden, um den Vertrauensschutz abgeschlossener Verträge zu gewährleisten und die Liquidität ostdeutscher Exportunternehmen zu sichern.

Mit dem Beginn des Jahres 1991 setzte der Exportrückgang mit ähnlicher Heftigkeit ein, wie das ein halbes Jahr früher bei den Importen zu beobachten war. Das betraf die Ausfuhren in alle osteuropäischen Länder, wobei gegenüber der Sowjetunion und Polen der Rückgang relativ am geringsten war. Bis Ende 1991 führte dies insgesamt zu einer 60%igen Reduzierung der Vorjahresexporte, und zwar gegenüber der

Sowjetunion	auf 53,8%
Republik Polen	auf 33,9%
CSFR	auf 19,0%
Republik Ungarn	auf 13,9%
Republik Rumänien	auf 14,5%
Republik Bulgarien	auf 9,2%

Unvermeidbare Entwicklung

Der RGW mit seinem autarken Preis- und Verrechnungssystem war zwischenzeitlich aufgelöst worden. Mit dem Übergang zum Handel auf Basis konvertierbarer Währungen setzten sich auch im osteuropäischen Wirtschaftsraum Weltmarktbedingungen durch. Es zeigte sich in aller Deutlichkeit, daß ein Großteil der ostdeutschen Unternehmen der internationalen Konkurrenz nicht gewachsen ist. Es fehlt an wettbewerbsfähigen Produkten und tragfähigen Marketingkonzepten, hinzu kommen unzulängliche Vertriebssysteme.

Andererseits hat sich die Strukturanpassungskrise in allen mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich in einem rapiden Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, in hohen Haushaltsdefiziten, in wachsenden Zahlungsschwierigkeiten der Unternehmen, in der Auflösung der größtenteils unter planwirtschaftlichen Voraussetzungen entstandenen Industriekooperation und in einem allgemeinen Sinken des Realeinkommens der Bevölkerung manifestiert, weiter spürbar vertieft. Intensität und Struktur des Außenhandels insbesondere mit dem ostdeutschen Wirtschaftsraum werden davon nachhaltig beeinflusst.

Aus der dargestellten Osthandelsentwicklung der neuen deutschen Bundesländer läßt sich folgendes

ableiten: Nach der Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird der weitgehende Zusammenbruch des Außenhandels zwischen den neuen Bundesländern und den Ländern Mittel- und Osteuropas folgerichtig und unvermeidbar. Nur diejenigen Teile der bisherigen Handelsbeziehungen konnten überleben, die

- aufgrund ihres bereits relativ hohen Niveaus schnell auf marktwirtschaftliche Anforderungen umgestellt werden konnten;
- durch verschiedenartige staatliche Unterstützungen zeitweilig am Leben erhalten wurden, wodurch den Unternehmen Zeit für ihre Sanierung zur Verfügung stand;
- wegen ihrer Ausrichtung auf spezifische Bedürfnisse osteuropäischer Kunden, z.B. bei Ersatzteilen für früher gelieferte Güter, weiterhin eine Nachfrage befriedigen konnten.

Ein Vergleich mit der Entwicklung des Osthandels der alten Bundesländer ist deswegen von besonderem Interesse, weil er bestätigt, daß der gegenwärtige Zustand im wesentlichen das Resultat der wirtschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland ist. Die Analyse der Handelsbeziehungen zwischen den alten Bundesländern und den Staaten Mittel und Osteuropas während der letzten Jahre zeigt nämlich, daß keineswegs ein genereller Zusammenbruch des deutschen Osthandels erfolgte (vgl. Tabelle 3). Im Gegenteil, osteuropäische Staaten erreichten zum Teil beachtenswerte Zuwachsraten ihrer Exporte nach Westdeutschland. Der Hauptgrund dafür ist, daß für diese Exporte bereits seit langem marktwirtschaftliche Kriterien zugrunde gelegt wurden, aber auch, daß die Regierungspolitik in Osteuropa sie besonders fördert und teilweise die Handelsbeziehungen zu etablierten westdeutschen Unternehmen zu Lasten ostdeutscher Betriebe intensiviert wurden.

Die gegenläufige Dynamik in den Osthandelsbeziehungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern hat dazu geführt, daß das ehemals bedeutende Gewicht der ostdeutschen Wirtschaft für den Handel mit Osteuropa sich im gesamtdeutschen Kontext beträchtlich vermindert hat². Während 1989 der Anteil Ostdeutschlands am Osthandel Gesamtdeutschlands beim Export noch 5,2% und beim Import 58,5% betrug, sank er bis Mitte 1991 auf 31,0% bzw. 22,9%.

² Zu berücksichtigen sind allerdings drei Faktoren: 1989 wird der Anteil der ehemaligen DDR wegen des überbewerteten transferablen Rubels zu hoch ausgewiesen; osteuropäische Unternehmen konzentrieren sich wegen der größeren Sicherheit zunehmend auf westdeutsche Partner; der getrennte statistische Ausweis für die alten und neuen Bundesländer wird durch die Fusionen von Firmen und umfangreiche innerdeutsche Warenbewegungen erheblich beeinflusst.

Seiner quantitativen Größe nach ist der Osthandel der neuen Bundesländer zu einem für die gesamtdeutsche Wirtschaft unwesentlichen Faktor herabgesunken. Im Jahre 1991 betrug sein Anteil an den gesamtdeutschen Ausfuhren 1,79% und an den gesamtdeutschen Einfuhren 1,01%. Sein qualitatives Gewicht allerdings muß für die wirtschaftliche Situation und den notwendigen Aufschwung in den neuen Bundesländern wesentlich höher angesetzt werden.

Strukturelle Veränderungen

Neben dem geschilderten Rückgang des Osteuropa-handels der neuen Bundesländer hat es auch bemerkenswerte Veränderungen in seinen Strukturen gegeben, von denen auf zwei besonders hingewiesen werden soll. Zum einen hat sich das Gewicht der früheren UdSSR, die bereits zu DDR-Zeiten die beherrschende Position im Außenhandel einnahm, sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Einfuhren beträchtlich vergrößert. Ausschlaggebend dafür ist, daß die ehemalige Sowjetunion mit ihren Roh- und Brennstoffen über weltmarktfähige Exportprodukte verfügt und daß ihre Importe ostdeutscher gewerblicher Güter durch die Sonderbedingungen für Hermes-Kreditbürgschaften zumindest bis Ende 1991 begünstigt wurden (vgl. Tabelle 4).

Diese Situation unterscheidet sich wesentlich von der Länderstruktur im Osthandel der alten Bundesländer. Dort hat das Gewicht der früheren UdSSR bei Exporten und Importen abgenommen (auf 34,9% bzw. 29,6%), während die sogenannten Reformländer Polen, Ungarn und die CSFR zum Teil beträchtlich zulegen konnten. Die Ursachen dieser Unterschiede sind im einzelnen noch zu untersuchen. Offenbar spielt dabei eine Rolle, daß bestimmte Branchen der ostdeutschen Wirtschaft weiterhin in besonderem Maße mit dem Absatz- und Bezugsmarkt

Tabelle 3
Entwicklung des Außenhandels der alten Bundesländer mit den mittel- und osteuropäischen Staaten

	1985-1988*		1989		1990		1991	
	Mrd. DM	Mrd. DM	in % des Vorjahres	Mrd. DM	in % des Vorjahres	Mrd. DM	in % des Vorjahres	
Ausfuhr	18,96	24,44	124,4	23,39	95,7	25,93	110,9	
Einfuhr	16,66	19,01	119,1	21,76	114,4	26,41	121,4	

* Durchschnittswerte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAW-Berechnungen.

in der früheren Sowjetunion verbunden geblieben sind. Das könnte auch für die Zukunft seine Bedeutung behalten.

Zum anderen sind auch in der Warenstruktur der Ausfuhren und Einfuhren beträchtliche Veränderungen vor sich gegangen. Sie reflektieren den wachsenden Einfluß weltwirtschaftlicher Faktoren auf die osteuropäischen Wirtschaften sowie die Wandlungen bei ihrer Nachfrage ebenso wie bei ihren Angeboten.

Bei den Exporten fällt auf, daß ein weitaus größerer Anteil an Nahrungsmitteln (unter anderem Fleisch und Milcherzeugnisse) verkauft wurde und der Anteil chemischer Erzeugnisse und von Erzeugnissen des Maschinenbaus beträchtlich zurückging (vgl. Tabelle 5). Das Problem für die ostdeutsche Wirtschaft besteht darin, daß vom Exportrückgang in besonderem Maße diejenigen Branchen betroffen sind, die vordem die Stützen des

Exportgeschäftes darstellten. In der Gruppe der Chemischen Erzeugnisse erreichten nur medizinische und pharmazeutische Güter im ersten Halbjahr 1991 (95,7 Mill. DM) sowie organische chemische Erzeugnisse (67,0 Mill. DM) bemerkenswerte Exportvolumina. Beim Export von Maschinenbauerzeugnissen ragt die Gruppe 79 (Andere Beförderungsmittel) mit etwas mehr als 1 Mrd. DM heraus. Dies sind vor allem Schienenfahrzeuge und Schiffe. Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke (Gruppe 72) mit 661 Mill. DM, Maschinen und Apparate (Gruppe 74) mit 237 Mill. DM und Büromaschinen/automatische Datenverarbeitungsmaschinen (Gruppe 75) mit 233 Mill. DM folgen. Unter den Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf verdient nur der Export von Möbeln, Bekleidung und Schuhen Erwähnung, dessen Trend jedoch eindeutig nach unten weist.

Die Strukturveränderungen bei den Importen der neuen Bundesländer aus Osteuropa sind vor allem dadurch charakterisiert, daß mineralische Brennstoffe und Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe die geringsten quantitativen Einbrüche erfuhr und dadurch ihre Anteilsgrößen stark erhöhten. Allein die Einfuhr von Erdöl und Erdölserzeugnissen entsprach 51,5% der Gesamteinfuhr aus Osteuropa im ersten Halbjahr 1991. Eisen und Stahl sowie Nichteisenmetalle machten weitere 8,4% aus. Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge wurden im ersten Halbjahr 1991 nur noch für 765 Mill. DM eingeführt, was 23,6% der Gesamteinfuhren entsprach. Neben denen aus der früheren Sowjetunion hatten hier die Importe aus der CSFR (etwas mehr als 200 Mill. DM) noch eine bemerkenswerte Größe.

Insgesamt erlauben die Untersuchungen zu den strukturellen Veränderungen die Schlußfolgerung, daß die Wandlungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Ob sich strukturelle Besonderheiten im Osthandel der neuen Bundesländer erhalten werden, hängt vor allem davon ab, wie schnell die wirtschaftliche Gesundung vorankommt und ob dabei zugleich an bestimmte Elemente der traditionellen Osteuropabeziehungen angeknüpft werden kann.

Perspektiven des Osthandels

Die Auswertung der zum Ende des Jahres 1991 vorliegenden statistischen Angaben und der in mehreren Branchen durchgeführten Unternehmensbefragungen erlauben die Schlußfolgerung, daß der größte Teil der auf planwirtschaftlicher Grundlage entstandenen Außenhandelsbeziehungen zwischen Ostdeutschland und Osteuropa bereits nicht mehr existiert. Ein abschließendes Urteil darüber wird jedoch erst nach Ablauf des Jahres 1992 möglich sein. Die noch vor eineinhalb Jahren verbreitete

Tabelle 4
Länderstruktur im Osthandel der neuen Bundesländer
(Anteile in %)

Land	Ausfuhren		Einfuhren	
	1989	1991	1989	1991
UdSSR	57,37	80,15	57,45	71,41
Polen	10,78	8,36	11,42	11,91
CSFR	13,20	5,42	12,12	10,93
Ungarn	8,99	3,15	9,09	3,94
Rumänien	4,94	1,83	4,98	1,23
Bulgarien	4,71	1,09	4,94	0,58

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAW-Berechnungen.

Tabelle 5
Außenhandelsstruktur der neuen Bundesländer mit Osteuropa
(Anteile in %)

Warengruppe nach SITC-Rev. 3	Ausfuhren		Einfuhren	
	1989	1. Hj. 1991	1989	1. Hj. 1991
0 Nahrungsmittel und lebende Tiere	1,38	13,91	1,39	1,01
1 Getränke + Tabak	0,11	0,77	1,48	0,23
2 Rohstoffe (ohne 0 + 3)	0,95	1,42	3,96	2,58
3 Mineral. Brennstoffe	2,36	2,94	29,61	53,86 ^a
4 Tierische + pflanzl. Öle	0,01	0,06	0,00	0,06
5 Chemische Erzeugnisse	9,37	6,11	4,43	4,41
6 Bearbeitete Waren	10,38	7,48	14,48	10,95
7 Maschinenbauerzeugnisse + Fahrzeuge	60,46	53,44	35,86	23,58
8 Versch. Fertigwaren	13,91	12,22	4,20	1,93
9 Andere Waren und Verkehrsvorgänge	1,07	1,66	4,59	1,39

^a Die sowjetischen Erdgaslieferungen sind nicht enthalten. Mit ihnen würde sich das Gewicht dieser Warengruppe weiter vergrößern.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAW-Berechnungen.

Auffassung, daß man weitgehend an früher existierende Verbindungen anknüpfen könne, hat aber bereits ihre Grundlage verloren. Im wesentlichen geht es heute um die Gestaltung völlig neuer Ausfuhr- und Einfuhrbeziehungen. Die zukünftigen Möglichkeiten und Entwicklungen des Osthandels der neuen Bundesländer werden vor allem von folgenden vier Bedingungen bestimmt:

- von den Fortschritten der gesamtwirtschaftlichen Gesundung in Ostdeutschland;
- von den Ergebnissen des marktwirtschaftlichen Strukturwandels und der wirtschaftlichen Stabilisierung in den mittel- und osteuropäischen Staaten und der damit verbundenen Revitalisierung der Osteuropa-Märkte;
- von der Geschwindigkeit und der Intensität der Integration der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften in den gesamteuropäischen Wirtschaftsraum;
- vom Umfang und von der Wirksamkeit der Förderung des Osthandels durch Bund und Länder.

Die wichtigsten Voraussetzungen für eine erneute Steigerung des Handelsaustausches mit Osteuropa werden durch die schnelle gesamtwirtschaftliche Wiederbelebung in den neuen Bundesländern sowie durch die zügige Privatisierung und Sanierung ostdeutscher Unternehmen geschaffen. Gegenwärtig ist jedoch zu konstatieren, daß die wirtschaftliche Lage weiterhin kompliziert bleibt³.

Die Entwicklung wird von widersprüchlichen Tendenzen bestimmt. Während einige Wirtschaftsbranchen den Tiefpunkt ihrer Entwicklung noch nicht erreicht haben, zeigen sich in der Bauwirtschaft und in einigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes hoffnungsvolle Signale. Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) rechnet nach einem Absinken des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1991 von knapp 24% mit einem Wachstum von fast 5% im Jahr 1992.

Vor allem in dem für den Außenhandel besonders wichtigen Verarbeitenden Gewerbe wird die Stagnationsphase und die allmähliche Stabilisierung bis weit in das erste Halbjahr 1992 andauern und eine Belebung von spürbarem Gewicht erst im zweiten Halbjahr 1992 einsetzen. In den Wirtschaftsbranchen ist – wenn auch in differenzierterem Umfang – die verminderte Rolle des Osthandels innerhalb der wirtschaftlichen Gesamtaktivitäten deutlich erkennbar geworden. Das hat dazu geführt, daß sich die Bemühungen der Unternehmen um die Über-

windung der bisher einseitigen Ausrichtung der Geschäftsfelder auf den ostdeutschen Binnenmarkt und den Ostmarkt deutlich verstärkt haben. Das trifft vorrangig auf diejenigen zu, die nunmehr Bestandteil westdeutscher Unternehmen geworden sind oder anderweitig privatisiert wurden.

Notwendige Anpassungen

Trotz dieser Entwicklung sind immer noch deutliche Nachfragewirkungen aus mittel- und osteuropäischen Ländern zu beobachten. Sie gingen 1991 vorrangig von der früheren Sowjetunion aus. Analysen im Maschinenbau, im Schiff- und Waggonbau, in der pharmazeutischen Industrie und in Teilen der chemischen Industrie bestätigen, daß die ehemalige Sowjetunion nach wie vor für die ostdeutsche Industrie der bedeutendste Exportmarkt ist⁴. Kurz- und mittelfristig ist mit dem Zusammenbruch weiterer traditioneller Lieferbeziehungen zu rechnen. Die Exportmöglichkeiten in die anderen mittel- und osteuropäischen Länder werden für längere Zeit auf dem jetzigen niedrigen Niveau verharren, obwohl sich auf Unternehmensebene eine gewisse Belebung der Kooperationsbeziehungen für das Jahr 1992 andeutet.

Der Wirtschaftsaufschwung in den neuen Bundesländern hängt damit neben binnenwirtschaftlichen Faktoren vor allem vom gesicherten Absatz auf den Märkten westlicher Industrieländer, eingeschränkt auch auf denen der Entwicklungsländer, ab. Die Ostmärkte können nur noch eine mehr oder weniger gewichtige zusätzliche Komponente darstellen.

Die Zukunft des Osthandels wird auch von der Nutzung von Kooperationsformen beeinflußt, die über reine Handelsbeziehungen hinausgehen. Das trifft etwa auf die Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu, bei der die Gefahr, daß bereits vorhandene Kontakte verlorengehen, besonders groß ist.

Wesentliche Voraussetzung für auf mittlere Sicht wieder erfolgreichere Aktivitäten auf den osteuropäischen Märkten ist die betriebswirtschaftliche Konsolidierung der wichtigsten ostdeutschen Exportunternehmen. Nur wenn schnell Klarheit hinsichtlich ihrer Privatisierung geschaffen wird und auf dieser Basis ihre gründliche Sanie-

³ Vgl. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung: Ostdeutschland: Der mühsame Aufstieg, Gutachten zur Lage und zu den Aussichten der Wirtschaft in den neuen Bundesländern, Berlin 1991.

⁴ Ostdeutsche Unternehmen haben auf dem Markt der früheren Sowjetunion noch bestimmte Vorteile, insbesondere sogenannte „Führungsvorteile“, das heißt gute Marktkenntnisse sowie Verständnis für die sich vollziehenden Veränderungen. Sie können jedoch nur genutzt werden, wenn das Marketingpersonal den ostdeutschen Firmen erhalten bleibt und wenn insgesamt kein „Fadenriß“ in den Beziehungen zugelassen wird. Nachteilig für ostdeutsche Firmen sind das geringere Niveau im Management und meist auch in den Produktionstechnologien, ihre Finanzschwäche sowie ihr im Verhältnis zu westeuropäischen Unternehmen schlechterer Ruf. Gegenwärtig dominieren die Nachteile, die eng mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation der neuen Bundesländer verbunden sind.

nung erfolgt, sind positive Auswirkungen auf Produktivität, wirtschaftliches Wachstum, absatzorientierte Strukturwandlungen und die Motivation der Beschäftigten zu erwarten und verbessern sich damit auch die Marktpositionen dieser Betriebe. Allerdings sind solche Effekte nur mittelfristig zu erreichen; kurzfristig sind unternehmerische Anpassungsvorgänge nicht selten mit schrumpfenden oder stagnierenden Marktanteilen verbunden. So sind aus den Unternehmensumfragen des IAW bisher noch keine signifikanten Unterschiede zwischen privatisierten und Treuhandunternehmen hinsichtlich ihrer Absatzerwartungen auf dem Ostmarkt zu erkennen, obwohl ein deutlich größerer Teil der privatisierten Unternehmen insgesamt einen positiven Nachfragetrend nach ihren Haupterzeugnissen verspürt.

Probleme der Revitalisierung

Von großer Bedeutung für den zukünftigen Osthandel der neuen Bundesländer wird sein, wie sich die wirtschaftliche Lage in den osteuropäischen Ländern in den nächsten Jahren entwickelt und wie gut die unabdingbaren marktwirtschaftlichen Strukturadaptierungen gelingen. Auf dem Wege zur Marktwirtschaft durchlaufen die Länder Mittel- und Osteuropas zur Zeit schmerzhaft Anpassungskrisen. Sie drücken sich in starken Produktionsrückgängen, Leistungsbilanzdefiziten und einer galoppierenden Inflation aus (vgl. Tabelle 6).

Schwerwiegende Auswirkungen hatte der weitgehende Zusammenbruch des bisherigen Intra-RGW-Handels. Die durchweg hohe Auslandsverschuldung in konvertierbaren Währungen sowie die wachsenden Schwierigkeiten bei der Bedienung der Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen engen den wirtschaftspolitischen Spielraum der Regierungen ein und stellen für den wirtschaftlichen Neuanfang eine große Belastung dar.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß sich die wirtschaftliche Lage in Mittel- und Osteuropa schnell verbessern wird, obwohl mit den marktwirtschaftlichen Reformen wichtige Voraussetzungen einer künftigen Stabilisierung

geschaffen werden. Unterschiede hierbei sind freilich nicht zu übersehen. Ungarn und die CSFR scheinen am ehesten in der Lage, den Tiefpunkt bald zu überwinden. In Rumänien und Bulgarien sind die inneren Antriebskräfte wohl am geringsten ausgeprägt. Sehr unübersichtlich bleibt die Lage in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Ihre weitere dramatische Verschlechterung ist nicht auszuschließen. Alles hängt davon ab, ob es gelingt, marktwirtschaftliche Reformen nunmehr mit Konsequenz in die Wege zu leiten, den weiteren chaotischen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zu mildern und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der GUS besser zu nutzen.

Das Hauptproblem für die zukünftige Wiederbelebung des Osthandels besteht darin, daß in allen mittel- und osteuropäischen Ländern der Anteil weltmarktfähiger Güter und Leistungen, mit denen sie auf westeuropäischen Märkten erfolgreich sein können, an der Gesamtproduktion viel zu gering ist. Dies schrittweise zu verändern, muß deshalb das wichtigste Ziel marktwirtschaftlicher Strukturwandlungen und ausländischer Hilfsmaßnahmen sein. Hierfür sind jedoch Zeit und eine hohe Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte erforderlich. Gegenwärtig sind – von Ausnahmen abgesehen – bei folgenden Warengruppen die Absatzchancen der mittel- und osteuropäischen Länder am ehesten gegeben: Brennstoffe, Rohstoffe (vor allem GUS), landwirtschaftliche Erzeugnisse, Textilien, Stahlerzeugnisse (Polen, CSFR, Ungarn), Bauleistungen (Polen), Transittransportleistungen (Polen, CSFR, Ungarn) und touristische Leistungen (CSFR, Ungarn, Bulgarien). Das reicht für eine effiziente Integration in die internationale Arbeitsteilung nicht aus. Noch ist nicht abzusehen, auf welchen Wegen und wie schnell die notwendigen strukturellen Veränderungen zum Erfolg führen werden.

Gesamteuropäische Integration

Veränderte Bedingungen für den Osthandel von Unternehmen aus den neuen Bundesländern entstehen auch dadurch, daß in Osteuropa die Bestrebungen und die Notwendigkeit wachsen, sich auf neuer Grundlage in die gesamteuropäischen arbeitsteiligen Beziehungen einzubinden. Die Auflösung des RGW hat für den Außenhandel aller seiner ehemaligen Mitglieder beträchtliche Folgen gehabt. Generell ist es zu einer rapiden Schrumpfung der ehemals recht intensiven Handelsbeziehungen gekommen. Zugleich sind die kleineren osteuropäischen Länder bestrebt, ihre unter RGW-Bedingungen vorherrschenden einseitigen und übermächtigen Bindungen an die Wirtschaft der ehemaligen UdSSR zu vermindern. (Insbesondere Ungarn und Rumänien haben damit schon vor mehreren Jahren begonnen.) Die Auswirkungen für die Ent-

Tabelle 6

Wirtschaftsentwicklung in Mittel- und Osteuropa¹ (jährliche Veränderungen in %)

	1990	1991 ^a	1992 ^a
Reales BIP/BSP	-5	-10 bis -11	-10 bis -15
Reale Industrieproduktion	-5,3	-11	-12
Leistungsbilanz (in Mrd. \$)	-9	-8,5	-25

¹ Vgl. hierzu auch IAW: Mittel- und Osteuropa – Beiträge zu den Wirtschaftsreformen, Heft 5/1991, S. 7-19.

^a Schätzungen

Quellen: OECD; IWF; Intecs (Credit Suisse); IAW-Schätzungen.

wicklung der Industrieprodukte und der Beschäftigung sind vor allem in den Ländern sichtbar, bei denen der Intra-RGW-Handel eine besonders große Rolle gespielt hat.

Deswegen wird in allen osteuropäischen Ländern an Konzepten gearbeitet, wie der weitere Zusammenbruch der Handels- und Kooperationsbeziehungen aufgehalten werden kann. Bestimmte Voraussetzungen dafür sind gegeben. Über die konkreten Möglichkeiten und Wege einer engeren osteuropäischen Zusammenarbeit gibt es jedoch noch keine Klarheit. Der größte Teil des Handels wird zweifellos in einer konvertierbaren Währung abgewickelt werden. Daneben gewinnen auch Barter-Geschäfte (z.B. zwischen Polen oder der CSFR und einzelnen Republiken der GUS) an Bedeutung. Genutzt wird auch die auf ein bestimmtes Volumen beschränkte Wiedereinführung von Clearingabkommen auf der Basis von Verrechnungsdollar (z.B. zwischen Ungarn, der CSFR und Polen). Es ist jedoch nicht sicher, ob eine sich allmählich wieder vertiefende osteuropäische Zusammenarbeit eine geeignete Möglichkeit ist, um sich besser auf den Zutritt zu den Weltmärkten vorzubereiten. In jedem Fall bildet sie nur eine Übergangsperiode auf dem Weg zur gesamteuropäischen Integration.

Ungleich bedeutungsvoll für die Zukunft des deutschen (darunter auch speziell des ostdeutschen) Osthandels ist der Erfolg der Bemühungen der mittel- und osteuropäischen Länder um intensive Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel einer zukünftigen Mitgliedschaft. Er kann sogar als wesentliche Bedingung für den wirtschaftlichen Stabilisierungsprozeß in Osteuropa bezeichnet werden. Außerdem helfen enge Beziehungen zu Westeuropa, die Systemtransformation schneller und mit Erfolg durchzusetzen.

Die Ausgangspositionen konnten in den beiden letzten Jahren verbessert werden. Insbesondere die Ausfuhren der mittel- und osteuropäischen Länder in die Gemein-

schaft sind im Zusammenhang mit ihrer stärkeren Orientierung auf den westeuropäischen Markt gewachsen (vgl. Tabelle 7). Bemerkenswert ist auch, daß es den osteuropäischen Ländern in den letzten drei Jahren gelungen ist, gegenüber der Europäischen Gemeinschaft eine aktive Handelsbilanz zu erreichen, zum Teil allerdings durch eine strikte Begrenzung der Importe.

Die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft erfolgenden Unterstützungen für den Reformprozeß gehen weit über den Außenhandel hinaus. Es wurde eine Reihe kurz- und mittelfristiger Programme in Gang gesetzt, wobei besondere Aufmerksamkeit den im Reformprozeß am weitesten fortgeschrittenen Ländern Polen, Ungarn und der CSFR gewidmet wird. Auch im Rahmen des Phare-Programms 1990 kam ihnen der größte Teil der wirtschaftlichen Hilfe zugute. Die Mittel dafür werden in der Regel als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben und sollen in erster Linie zur Förderung der Privatwirtschaft in diesen Ländern eingesetzt werden. Der Abschluß der Assoziierungsabkommen leitete eine neue Phase der europäischen Integration für diese Länder ein. Die Abkommen werden stufenweise zum Freihandel zwischen dem jeweiligen Land und der Europäischen Gemeinschaft führen, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vertiefen, den finanziellen Rahmen der Unterstützung seitens der Europäischen Gemeinschaft fixieren und den politischen Dialog ausbauen. Die Zustimmung Ungarns, der CSFR und Polens trotz noch bestehender Meinungsverschiedenheiten hat politische und ökonomische Signalwirkung. Wesentlich erscheint auch die Einbeziehung dieser Länder in die Nahrungsgüterhilfe der Europäischen Gemeinschaft für die GUS und andere osteuropäische Länder.

Die inzwischen vollständig souveränen baltischen Republiken haben ebenfalls ihr Interesse an Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft deutlich signalisiert. Zunächst wird es zweifellos um Dringlichkeitshilfen gehen und zum Abschluß von Handels- und Kooperationsvereinbarungen mit ihnen kommen; andere Formen der Integration bedürfen gründlicher Vorbereitung und damit mehr Zeit.

Wesentliche Impulse für die Zukunft der Handelsbeziehungen sollten von der Verwirklichung des technischen Hilfsprogramms der Europäischen Gemeinschaft für die GUS ausgehen, in dessen Rahmen 1991 400 Mill. ECU, 1992 sogar 500 Mill. ECU zur Verfügung stehen. Inwieweit die Wirtschaft der neuen Bundesländer von all diesen Prozessen profitieren kann, ist jetzt noch nicht einzuschätzen. Die Erwartungen sollten nicht zu hoch gesteckt werden, da Partnerschaften mit Unternehmen in den alten Bundesländern von den osteuropäischen Ländern weiterhin deutlich präferiert werden.

Tabelle 7

Außenhandel der Europäischen Gemeinschaft mit osteuropäischen Ländern

(in Mill ECU) *

Land	Einfuhren			Ausfuhren		
	1989	1990	1.Hj. 1991	1989	1990	1.Hj. 1991
UdSSR	15166	16749	9496	12603	13614	6462
Polen	3858	5278	2960	3945	4934	3850
CSFR	2558	2786	1741	2385	2909	1785
Ungarn	2587	3004	1697	2988	3220	1734
Rumänien	2548	1617	734	689	1415	657
Bulgarien	531	593	341	1477	1034	513
Gesamt	27248	30927	6969	24087	27126	15001

Quelle: Eurostat: Außenhandelsmonatliche Statistiken 12/91.

Von vornherein war abzusehen, daß mit der Einführung der Währungsunion der Osthandel der neuen Bundesländer wegen der völlig veränderten gesamtwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Bedingungen zumindest für eine Übergangszeit durch staatliche Maßnahmen unterstützt werden mußte. Zudem hatte die Bundesregierung gegenüber den Ländern des damals noch existierenden RGW Vertrauensschutz für die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen zugesagt. Aus diesem Grunde wurden im zweiten Halbjahr 1990 Exporte von Betrieben der ehemaligen DDR auf Antrag subventioniert, und zwar insgesamt in einem Umfang von 2 Mrd. DM. Das trug zur Steigerung der Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr trotz der einsetzenden Strukturanpassungskrise bei. Die Einfuhren aus dem RGW-Raum wurden demgegenüber nicht gefördert und gingen erheblich zurück.

Hauptmittel der Förderung des Osthandels durch die Bundesregierung im Jahre 1991 waren die Sonderbedingungen der Hermes-Kreditversicherungen (Verzicht auf Anzahlungen, drei tilgungsfreie Jahre) für Ausfuhren in die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten. Damit wurde eine deutliche Verzögerung des Ausfuhrückgangs der neuen Bundesländer in die frühere Sowjetunion im Vergleich zu den Exporten in die anderen mittel- und osteuropäischen Länder erreicht. Die Möglichkeiten der Hermes-Kreditversicherung von Ausfuhren in diese Länder (ohne Sonderbedingungen und mit zeitweiliger Sperrung Bulgariens) wurden nur in einem geringen Maße in Anspruch genommen und konnten deshalb auch keine wesentlichen Wirkungen hervorbringen. Insgesamt betragen die Hermes-Bürgschaften 1991 für Antragsteller aus den neuen Ländern 9,7 Mrd. DM.

Angesichts der Tatsache, daß auch anderthalb Jahre nach der Währungsunion die Ostexporte (insbesondere in die GUS-Länder) für die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin von größter Bedeutung sind, bleibt ihre Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik eine dringende Aufgabe und ein wesentliches Element der Strukturanpassung. Durchgreifende Lösungen dafür sind jedoch nicht in Sicht. Durch die Bundesregierung wurde beschlossen, die Sonderkonditionen für die Ausfuhren in die GUS-Länder zu beenden und die Hermes-Deckungen für 1992 auf zunächst 5 Mrd. DM zu begrenzen, und zwar für Lieferungen aus der gesamten Bundesrepublik. Als Orientierungsgröße für Deckungsmöglichkeiten gelten 100 Mill. DM pro Einzelgeschäft, für die ab sofort zudem Staatsgarantien der GUS-Länder erforderlich sind. Die konkrete Einzelfallprüfung soll nachweisen, daß die Lieferungen der Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dienen und im wesentlichen von solchen ostdeutschen Unternehmen getätigt werden, die unter Marktbedingungen wettbewerbsfähig erscheinen.

So wertvoll die Kreditbürgschaften auch sein mögen, sie alleine reichen nicht aus, um den Osthandel wirksam zu fördern. Unterstützung verdienen auch Barter- und Kompensationsgeschäfte, mit deren Hilfe trotz der Devisenknappheit der GUS-Unternehmen Warenströme fließen können. Allerdings muß es sich um marktfähige GUS-Produkte handeln. Langfristig angelegte Joint Ventures sollten gleichfalls gefördert werden, da durch den Einsatz moderner deutscher Technologien Produktivitätssteigerungen in den osteuropäischen Unternehmen und folglich eine Erhöhung ihrer Deviseneinnahmen ermöglicht werden. Am aussichtsreichsten scheint die Suche nach speziellen Finanzierungsmöglichkeiten für geschlossene Projekte, durch deren Realisierung strukturelle Defizite in den mittel- und osteuropäischen Ländern abgebaut werden. Das gilt sowohl für Aufgaben zur Verbesserung der Infrastruktur als auch für Investitionen in wichtigen Industriezweigen, durch die künftig Deviseneinnahmen gesichert werden können.

Eine Prognose für 1992

Es ist problematisch und mit einer ganzen Reihe von Unsicherheiten behaftet, aus der zusammenfassenden Bewertung der oben genannten Bedingungen eine Prognose für die quantitative Entwicklung des Osthandels der neuen Bundesländer für das Jahr 1992 abzuleiten. Neben den wirtschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland selbst werden die Perspektiven davon bestimmt sein, welche politischen Entwicklungen sich in den osteuropäischen Ländern vollziehen und ob die marktwirtschaftlichen Reformen weiterhin mit Konsequenz verwirklicht werden können.

Trotzdem kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die Ausfuhren ostdeutscher Unternehmen nach Osteuropa 1992 etwa 10,5 Mrd. DM und diejenigen in die GUS-Republiken etwa 7 Mrd. DM erreichen werden, was einer erneuten Verringerung um ein Sechstel bzw. ein Viertel gegenüber dem Vorjahr entsprechen würde. Bei den Einfuhren ist mit einer leichten Erhöhung zwischen 5% und 8% auf 9 Mrd. DM für Osteuropa insgesamt bzw. 6,5 Mrd. DM für die GUS zu rechnen. Diese Einschätzung setzt allerdings eine gewissermaßen „normale“ Entwicklung ohne größere politische oder nationale Eruptionen in Osteuropa voraus.

Trotz dieses insgesamt negativen Urteils über die Handelsbeziehungen für den kurzfristigen Zeitraum bleibt die potentielle Bedeutung des riesigen Ostmarktes für die wirtschaftliche Zukunft der ostdeutschen Unternehmen erhalten. Je schneller ihre Sanierung gelingt, je besser sie auch auf westeuropäischen Märkten Fuß fassen, um so aussichtsreicher werden ihre Bemühungen um einen künftig wieder bedeutungsvolleren Platz in den deutsch-osteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen sein.